

Zeit für Verantwortung, Zeit zu handeln!

Die deutsche Ratspräsidentschaft muss mehr sein als eine routinemäßige Geschäftsführung innerhalb des Rates der Europäischen Union.

Deutschland muss seiner besonderen Verantwortung für das europäische Friedenswerk gerecht werden und seinen Einsatz erhöhen, damit das in Jahrzehnten Aufgebaute für künftige Generationen gesichert und weiterentwickelt werden kann.

Die überparteiliche Europa-Union Deutschland erwartet von der deutschen Ratspräsidentschaft einen starken Impuls zur Vertiefung der europäischen Integration.

Die multiplen Krisen, die Europa seit einem guten Jahrzehnt beschäftigen und seinen Zusammenhalt gefährden, können nur durch mehr europäische Zusammenarbeit, mehr Solidarität und mehr gemeinsame Verantwortung gelöst werden.

Die Europa-Union

- betont **die Notwendigkeit zeitnaher institutioneller Reformen im Rahmen der bestehenden Verträge** wie auch einer klaren Perspektive für eine Vertiefung der europäischen Integration, idealiter durch Vertragsänderung, erforderlichenfalls auch im Wege verstärkter Zusammenarbeit und
- unterstreicht ihre Forderung nach einer Stärkung der Demokratie auf europäischer Ebene, besonders nach **einem einheitlichen europäischen Wahlrecht**;
- bekräftigt ihre [Forderung](#) nach **mehr Zusammenarbeit im Gesundheitsschutz**, um künftig besser auf Herausforderungen wie die Corona-Pandemie vorbereitet zu sein;
- betrachtet den zeitnahen **Beschluss eines Wiederaufbauprogramms** für Europa in Verbindung mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen als vordringlich und unterstützt hier ausdrücklich den Geist der deutsch-französischen Initiative und den Vorschlag der Europäischen Kommission und
- fordert in diesem Zusammenhang klare Auflagen hinsichtlich der demokratischen und rechtsstaatlichen Verfasstheit aller EU-Mitglieder, als **Voraussetzung für Mittel aus dem Wiederaufbauprogramm**,
- erwartet eine intelligente Verbindung europäischer Zuschüsse und Darlehen mit den **Zielen des Grünen Deals und der europäischen Digitalisierungsstrategie** und
- setzt auf eine Innovationsstrategie, die Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit zusammendenkt und im Einklang mit den Grundsätzen der europäischen Säule sozialer Rechte befördert;

- fordert die Kommission, das Europäische Parlament und vor allem den Rat auf, sich **möglichst bald** auf ein **schlüssiges Konzept für die Zukunftskonferenz** zu einigen, damit ihre wichtige Arbeit spätestens 2021 starten kann und
- erwartet eine **effektive Beteiligung sowohl der organisierten Zivilgesellschaft** als auch zufällig ausgewählter und sorgfältig auf ihre Aufgabe vorzubereitender Bürgerinnen und Bürger und die öffentliche Förderung einer **breiten gesellschaftlichen Debatte**;
- fordert **eine wertebundene europäische Außen- und Sicherheitspolitik** ohne nationale Alleingänge oder nationale Vetomöglichkeiten,
- setzt auf die **Stärkung des westlichen Bündnisses** nach den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen, die **Entwicklung einer neuen partnerschaftlichen globalen Sicherheitsarchitektur und einer fairen, Klima- und Umweltziele berücksichtigenden multilateralen Handelsordnung** und
- betont bei Berücksichtigung wertebasierter europäischer Wirtschafts- wie Sicherheitsinteressen die Bedeutung der EU-Erweiterungs- und EU-Nachbarschaftspolitik, der Beziehungen zu Russland und einer europäischen China- und Asienstrategie;
- fordert eine weitere **Intensivierung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit unserem afrikanischen Nachbarkontinent**; im Rahmen des EU-AU-Gipfels sollten Konzepte zur stärkeren Einbindung Afrikas in Wertschöpfungsketten und die gemeinsame Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise vorrangig adressiert werden;
- unterstreicht daneben die Notwendigkeit der Erneuerung und Verstärkung der bewährten entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der EU mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks und einer engen Abstimmung nationaler mit internationaler Entwicklungspolitik;
- bekräftigt ihre gemeinsam mit den Jungen Europäischen Föderalisten JEF Deutschland am 30. November 2019 erhobenen [Forderungen](#).